

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements
 werden nur beim Verlag und
 dessen bekannten Agenten ent-
 gegengenommen und zwar zum
 voraus zahlbaren
 Vierteljahrspreis von:
 Fr. 2.— für die Schweiz (Kontingenzband)
 Fr. 3.— für Deutschland (Kontingenzband)
 Fr. 1.70 für Österreich (Kontingenzband)
 Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
 Weltverkehrs (Kontingenzband).

Insertate
 Die dreizehnpolte Preisliste
 ist gratis.

Ersteinst
 monatlich einmal
 Zürich (Schweiz)
 Verlag
 H. Berter, Höttinger-Zürich
 Rindstrasse 8.

Postsendungen
 franco gegen Franco.
 Besondere Briefe
 nach der Schweiz kosten
 Doppelporto.

N. 28.

Donnerstag, 7. Juli.

1881.

Preis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

In der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich vertrieben ist, beim Verfolg wird, und die vorerwähnten Vergehen als alle Mängel, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen. In die äußere Korrespondenz im Volksverkehr nachweislich und auf keine Verhältnisse zurückzuführen, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu fälschen. Haupterfordernis ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unerschöpfliche Quelle außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unerschöpfliche Zufuhr von Briefmarken mitgeteilt werden. In zweifelhafte Fälle empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Reformänderung. Sobald es uns liegt, werden wir gewiß mehr Mühe noch Kosten sparen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Unsern Abonnenten in der Schweiz
 zur gef. Kenntnis, daß wir diejenigen bisherigen Abonnenten, welche die Annahme unseres Blattes seit Beginn dieses Quartals nicht ablehnten, auch für das laufende Quartal als Abonnenten vortragen und Nachnahme mit Nr. 29 erheben werden, sofern bis zum 13. ds. M. die betreffenden Abonnementsbeträge nicht eingekandt wurden.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

Som 2.—30. Juni gingen ein:	
Kostof 25.—	Halle a./S. 15.—
Banzen 4.—	Dresden 48,86
Erfurt „Hoch das Banner!“ 15.—	München 50.—
R. F. u. M. in	Stuttgart 7.—
Stuttgart 7.—	13.—
Gamau 30.—	Greiz 2,50
B. Dresden 50.—	K. in S. 3,30
Heidelberg 9,45	Leiz 12,50
Budan-Regensburg 60.—	Großhain 15.—
Nürnberg „Alte Garde“ 25.—	Wörth 10,50
G. Stuttgart 10.—	S., Leipzig 4,30
Gotha 5.—	Alte 20.—
Vimbach 9.—	Hittau 6.—
Chemnitz 15.—	Jwidau 10.—
Großhain 5.—	Groißsch 4.—
Reichenbach 8.—	Mittweida 10.—
M., Leipzig 2,30	M., Leipzig 26.—
Leipzig 8,80	Brummbörs 5.—
„Zinsen“ 129,82	G. Th. S. f. 1
Erpl. Nr. 12 (Fr. —) 50.—	40.—
Rückzahlung eines Ausgewiesenen (Fr. 3.) 34,14	und 35,86
Von den Kommune-Fürsichtlingen in London (H. St. 1,7.—) 27,30	—
—r Zürich (Fr. 2.—) 1,60	Kp. in B. (Fr. 3.—) 2,40
D. S. in R. — 40.—	Dtsche Soz. Winterthur (Fr. 2,50) 2.—
„Pflasterfreund“ (H. —) 50.—	1.—
J. v. d. 674 (H. 1.—) 1,68	Sozialisten Kopenhagens d. S. (Fr. 126.—) 100,88
Russische Grenze 6: 1,80	Parteiorganen Antwerpen (Fr. 6.—) 4,80
Rothe Kegel aus dem Balder Zürich (Fr. 5.—) 4.—	Dtsche Soz. Basel (Fr. 5.—) 4.—
Uto Star (Fr. 1,80) 1,45	Ein „Antilemit“ für Ausgewiesene (50.—) 40.—
Ein „Semu“ für Ausgewiesene (5.—) 4.—	Fünf Arbeiter der Schweiz. Vereinsbuchdruckerei (Fr. 6,40) 5,12
Durch H. F. von E. H. Schmidt, A. (Fr. 24.—) 19,20	und J. F. (Fr. 1,25) 1.—
Zusammen M. 667, 26	
Früher eingegangen M. 28,934, 84	
Gesamteingang M. 29,602 10	

Flugschriften-Fonds.

H. J. Paris (Fr. 10.—) 8.—	Dtsche Soz. Frauenfeld (Fr. 1,20) 1.—
L. S. Paris (Fr. 2,50) 2.—	Dtsche Soz. Kopenhagen d. S. (Fr. 6,10) 4,88
— 0-0* 3, 3,58	
Zusammen M. 19, 46	
Früher eingegangen „ 1090, 76	
Gesamteingang „ 1110, 22	

Agitationsfonds.

Dr. B. (Fr. 1,10) —,88	Zusammen M. —, 88
Früher eingegangen M. 81, 75	
Gesamteingang M. 82, 63	

Allgemeiner Wahlfonds.

Dtscher Verein Winterthur (Fr. 3.—) 2,40	J. F. Amsterdam (Fr. 3.—) 2,40	
Nr. 722: 1,60	Deutsche Soz. Zürich (Fr. 75.—) 60.—	
L. S. Paris (Fr. 2,50) 2.—	Dtsche Genossen in Paris (Fr. 22,30) 17,76	
Parteiorgan. Antwerpen (Fr. 6.—) 4,80	Dtsche Soz. Gen. (Fr. 5.—) 4.—	
Dr. B. (Fr. 1,10) —,88	Zusammen M. 95, 84	
Früher eingegangen M. 275, 52		
Zusammen M. 371, 36		

An unsere Freunde und Gesinnungsgenossen und an alle rechtlich denkenden Leute.

Die sächsische Regierung hat für gut befunden, auf Grund von § 28 des sog. Sozialistengesetzes den kleinen Belagerungs- zustand über Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig zu verhängen, weil angeblich in diesen Bezirken durch die Sozialdemokratie „die öffentliche Sicherheit bedroht ist“.

An die Bedrohung der öffentlichen Sicherheit glaubt in Stadt und Land sicher keine Seele, dennoch genügt diese Annahme, die davon sind wir fest überzeugt, durch keine einzige Thatfache gerechtfertigt werden kann, um eine große Anzahl von Existenzen zu vernichten, sie, ohne Richterspruch, von Weib und Kind, Haus und Herd zu vertreiben, der Existenzlosigkeit, der Noth und dem Elend preiszugeben. Bürger- und Heimathrecht, das man dem gemeinsten Verbrecher nicht nehmen kann, ist für sie nicht vorhanden; ein Federzug der Polizei genügt, ihnen Alles zu rauben.

Mit Ausnahme eines einzigen Falles, der einen bereits aus Berlin Ausgewiesenen betraf, hat das hiesige Gericht bisher nicht vermocht, gegen irgend einen der Ausgewiesenen auf Grund

eines Vergehens wider das sogenannte Sozialistengesetz auch nur eine Stunde Gefängnis oder nur eine Mark Geldstrafe zu verhängen. Aber die Polizei kann ohne richterliches Urtheil, ohne irgend eine ungesetzliche Handlung nachweisen zu können, die Existenz und das Familienleben eines Jeden zerstören, von dem nach ihrer Meinung „eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist“.

Freunde und Gesinnungsgenossen! Das ist ein Zustand, wie er in keinem zivilisirten Lande der Welt — denn Rußland gehört nicht dazu — möglich ist. Das sind Verfolgungen, die eine Analogie nur in den Massenverreibungen der Hugenotten und Protestanten vergangener Jahrhunderte finden, Verfolgungen, über die heute jeder liberale und konservative Geschichtsschreiber empört ist. Grimm und Haß im Herzen, werden die Ausgewiesenen die Heimath, Weib und Kind verlassen, sie sind gezwungen, wenn auch knirschend vor Ingrimm, sich der Noth zu beugen. An Euch ist es, für ihre Frauen und Kinder einzutreten, damit diese neben dem schweren-moralischen Druck, den die Verbanung des Gatten, des Vaters und Ernährers ihnen bereitet, nicht auch noch unter dem schwersten materiellen Druck des Elends leiden.

Sorgt auch dafür, daß die Ausgewiesenen sobald als möglich wieder Arbeit und Unterkunft finden.

Freunde und Gesinnungsgenossen! Thut, was in Euren Kräften steht, thut es ohne Scheu und ohne Furcht als eine Parteipflicht, als eine Menschenpflicht!

Den Ausgewiesenen wird der Gang in die Fremde leichter, wenn sie wissen, daß Tausende hinter ihnen stehen, die bemüht sind, den schweren Schlag, der sie ihrer politischen Ueberzeugung wegen getroffen hat und den sie als Männer werden zu tragen wissen, nach Kräften überwinden helfen.

Am gestrigen Tage sind zunächst aus Leipzig/Stadt 19, aus Leipzig/Land 14 ausgewiesen und zwar mit wenig Ausnahmen lauter Familienväter, eine weit größere Zahl wird in den nächsten Tagen folgen.

Seid überzeugt, daß wir, was immer uns noch treffen mag, fest und treu zu der Fahne stehen, für die wir in die Verbannung gehen.

Leipzig, den 30. Juni 1881.

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag
 Im Namen sämtlicher Ausgewiesener:
 J. Bebel. W. Hasenclever. W. Siebknecht.

Unterstützungen nehmen in Empfang:
 Frau Julie Bebel, Hauptmannstraße 2,11.
 Frau Elara Hasenclever, Davidstraße 3,111.
 Frau Natalie Siebknecht, Südstraße 2,1, Ecke der Schenkendorffstraße, sämtlich in Leipzig.
 Karl Grillenberger, Weizenstraße, Nürnberg.
 Emil Kadofen, Wittweida in Sachsen.
 Ignaz Auer, Wladimirstraße 16a, Schwerin in Mecklenburg.

Angebote wegen Arbeitsstellen sind an
 Karl Grillenberger, Weizenstraße, Nürnberg,
 zu richten. Ein Verzeichnis der Ausgewiesenen und ihres Standes wird folgen.

Freiheit.

„Freiheit, die ich meine, Die mein Herz erfüllt!“

„Freiheit“, das ist eines jener Worte, die sich gern da einstellen, wo Begriffe fehlen. Ein Apell an die Freiheit verfehlt seine Wirkung niemals; daher kommt es, daß jede Partei die Freiheit als besonderes Privileg für sich in Anspruch nimmt. Liberale, Radikale und Fortschrittler, sie alle erklären, bloß für die „Freiheit“ zu kämpfen. Und mit Recht. Es fragt sich nur für welche „Freiheit“.

Ganz besonders ist die „Freiheit“ eines der Schlagworte der demokratischen Partei, und ist von ihr aus zu uns übergegangen. Auch innerhalb unserer Partei spielt dieses Wortchen nach einer großen Rolle, ohne daß man es immer für notwendig hält, den richtigen Begriff damit zu verbinden: „genug, die Freiheit ist eine demokratische Forderung und deshalb müssen wir sie auch stellen, und um so energischer stellen, je radikaler wir sind.“

Diesem, welche so rationalen, betrachten eigentlich die Sozialdemokratie bloß als eine Erweiterung der bürgerlichen Demokratie, auf deren politische Forderungen eben noch eine Anzahl sozialistischer Forderungen hinzugefügt wurde, wie auch von denselben Leuten die Sozialdemokratie als die natürliche Konsequenz der bürgerlichen Demokratie betrachtet wird. Die Demokratie als Vorstufe der Sozialdemokratie. Nichts einseitiger als das.

Die naturnothwendige Konsequenz der Demokratie ist nicht die Sozialdemokratie, sondern die Anarchie. Beide, Demokratie und Anarchie, sind bloß die letzten Konsequenzen der modernen Gesellschaft und bilden daher den geraden Gegenstand zur Sozialdemokratie. Wenn Anarchisten und bürgerliche Demokraten uns heute näher stehen als die anderen Parteien, so ist dies größtentheils nur dem Umstande zu verdanken, daß die guten Leuten gar nicht wissen, was sie denn eigentlich wollen, andererseits ist es noch ein Fortwirken der Tradition der achtundvierziger Bewegung, die, wenigstens in Deutschland, Demokraten und Sozialisten in einem Lager vereinigte, und damals mit Recht.

Der Grund, warum damals richtig war, was heute falsch ist, ist ein sehr einfacher. Das Proletariat ist zugleich mit der Bourgeoisie ent-

standen, letztere kann ohne erstere nicht bestehen. Neben der revolutionären Klasse der Bourgeoisie entwickelte sich zugleich die revolutionäre Klasse des Proletariats, beide schon in natürlichem Klassengegensatz, der aber verdeckt wurde durch die beiderseitige revolutionäre Tendenz.

Eine Verbindung des Sozialismus mit der bürgerlichen Demokratie, des energischen revolutionären Proletariats mit den energischen, radikalen Theilen der Bourgeoisie war damals nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig.

Heute ist die Bourgeoisie aus einer revolutionären eine reaktionäre Klasse geworden, und dadurch ist die Koalition der bürgerlichen Demokratie und des Sozialismus unmöglich geworden. Der eine Theil der Demokratie ist entschieden auf Seiten des Proletariats getreten, ein anderer ebenso entschieden auf Seiten der Bourgeoisie. Die sogenannte demokratische Partei, welche noch an der alten Tradition festhält, kriecht nur noch ein faß- und kraftloses Dasein, sie ist ein rudimentäres *) Organ am Körper der Bourgeoisie.

Der vom Bourgeoisstandpunkt aus konsequenteste Theil der ehemaligen Demokratie dagegen, die Fortschrittspartei, ist eben dieser Richtung wegen diejenige Partei, die uns am fernsten steht, die den größten Gegensatz zu uns bildet.

Sie ist es, welche das Schlagwort „Freiheit“ ebenso laut und oft im Munde führt, wie die Anarchisten und einige sich besonders radikal blinkende Sozialisten. Und da dieses selbe Wort auch in unseren Reihen einen großen Hauber ansieht, dürfte es nicht überflüssig sein, zu fragen, was ist denn das eigentlich, die „Freiheit“?

Der Begriff der Freiheit ist ein doppelter, ein positiver und ein negativer. Der negative besagt nichts, als ein Aufheben der bisherigen Herrschaft einer Klasse oder einer Person.

Daß wir für diese Forderung eintreten, ist selbstverständlich, sie bildet ja den Grundzug unserer Bewegung. Die Forderung dieser Art der Freiheit ist jedoch in der Forderung der Gleichheit schon enthalten.

Die bürgerliche Demokratie verbindet aber mit dem Wort „Freiheit“ auch einen anderen positiven Begriff, den der absoluten individuellen Freiheit, des laissez faire laissez aller (das Geschehen lassen und Geschehenlassen). Und dieser verderbliche Begriff, diese Hochschätzung der individuellen Freiheit hat sich leider als Nachklang aus der Zeit der sozialistisch-demokratischen Koalition auch in den Köpfen vieler unserer Genossen eingekeimt.

Die entsetzt wird nicht fast der Vorwurf zurückgewiesen: der Kommunismus vernichte die individuelle Freiheit. Und doch ist diese Enttäuschung höchst überflüssig. Dieser Vorwurf ist gar kein Vorwurf.

Die absolute individuelle Freiheit ist etwas der menschlichen Natur geradezu Widersprechendes. Der Mensch ist ein soziales Thier, und wie bei allen sozialen, in Herden lebenden Thieren ist auch beim Menschen das Individuum Nichts, die Herde Alles. Der Indianer erträgt die härtesten Qualen und Entbehrungen mit stoischem Muthe, um dem Stamme zu nützen, um den Stamm nicht zu schänden. Die historische Entwicklung hat diesen uraltesten Kommunismus zerlegt, sie hat an Stelle des kommunistischen Kampfes um Dasein den individualistischen Kampf ums Dasein, den Kampf Aller gegen Alle gesetzt. Und trotzdem und trotz unserer ganz individualistischen Erziehung schlägt immer wieder der alte Kommunismus im Menschen durch; die kommunistischen Instinkte, durch den Kampf ums Dasein in Hunderttausenden von Jahren erworben, lassen sich durch die verhältnismäßig kurze moderne historische Entwicklung der letzten 4—5000 Jahre nicht ausrotten. Der Kommunismus ist keine künstlich erfundene Kategorie, er ist tief in der Menschennatur begründet, und selbst heute gelten nur die kommunistischen Tugenden, welche die Verleugnung des Individuums und dessen Hingabe an die Gesamtheit bezwecken, als verehrungswürdig, indes der Individualismus als Egoismus im Volke allgemein als etwas Verdächtliches gilt.

Die Vernichtung der individuellen Freiheit durch den Kommunismus ist denn auch durchaus nichts Unerträgliches. Der Mensch unterwirft sich freudig der Herrschaft der Gesamtheit über den Einzelnen. Wogegen er sich empört, das ist die Herrschaft des Einzelnen oder einiger weniger Individuen über die Gesamtheit.

Die Idee der Volksherrschaft ist von reaktionärer und von „revolutionärer“ Seite aus bespöttelt worden. Das Volk könne nicht herrschen, denn sich selbst könne Niemand beherrschen. Die moralische Selbstbeherrschung sei ja keine Herrschaft.

Sehr richtig, aber sehr falsch, wenn die Einen daraus die Nothwendigkeit der Aristokratie oder Monarchie, die Anderen die der Anarchie folgern. Die Idee der Volksherrschaft besteht nicht in der Herrschaft des Volkes über sich selbst, sondern in der Herrschaft der Gesamtheit des Volkes über das Individuum.

Diese Idee ist weder lächerlich, noch undurchführbar. Völlig richtig und undurchführbar ist dagegen die Idee der vollen, individuellen Freiheit jedes einzelnen Menschen.

Eine solche Freiheit hat es nie gegeben und wird es nie geben, wenigstens solange nicht, als die gegebenen technischen Produktionsbedingungen nicht auf eine ganz neue Basis gestellt werden — ein Moment, welches für uns so undenkbar ist, daß wir damit nicht rechnen können.

Soweit es bisher volle individuelle Freiheit gegeben hat, bestand sie stets bloß für die Herrschenden und Genießenden; die Erwerbenden waren stets abhängig, abhängig entweder von einander oder von den Herrschenden. Die Erzählung vom Armenmann, der einsam im Walde umherstreift, um Kräuter und Früchte zu sammeln, ist ein Hiengeplaus, weiter nichts. Die vorgeschichtliche Forderung zeigt uns, daß die Menschen ursprünglich in Herden vereint gemeinsam auf Nahrungserwerb angingen.

Die Indianer, soweit ihre Stammesverfassung nicht durch europäischen Einfluß gelockert worden ist, diese Indianer, deren Lebensweise und Sitten denen des Menschen am meisten entsprechen dürften, jagen heute noch in Gemeinschaft und verschren das erlegte Wild gemeinsam.

Die technischen Fortschritte haben seitdem für die produzierenden Klassen

*) Verkümmertes.

die natürliche Abhängigkeit derselben von einander und von den Produktionsmitteln nur geistigert. Man sehe sich den Betrieb einer Eisenbahn einmal an und frage sich, ob der bei voller individueller Freiheit fortgeführt werden könnte, ob nicht strenge Ordnung, Disziplin, Zwang zur Erhaltung desselben unbedingt nötig sind? Wer heute frei ist, das sind die Kapitalisten, die Grundbesitzer und dergleichen Herren, und das Problem besteht nicht darin, den Proletariats dieselbe „Freiheit“ zu verschaffen, was eben nur denkbar wäre, wenn man alle Proletariats zu Kapitalisten machte — ein anarchisch-reaktionäres Umding im Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität — das Problem besteht darin, diese individuelle Freiheit der Kapitalisten und Grundherren zu vernichten, und an Stelle des unerträglichen Zwanges der Einzelnen über die Gesamtheit den Zwang der Gesamtheit über den Einzelnen zu setzen, ein Zwang, der in der Menschennatur begründet ist und darum gerne von Jedem getragen wird, außer von den paar entarteten Mitgliedern der herrschenden Klassen, in denen der zersetzende Einfluß des Privateigentums jeden kommunistischen Nachklang ersticht hat.

Heute schon erzieht der Klassenkampf das Proletariat zur Selbstverleugnung der Individualität zu Gunsten der Gesamtheit. In den Gewerkschaften erkräftet schon heute volle individuelle Freiheit mehr, sondern ein Zwang, der mit dem Wachsthum der gewerkschaftlichen Bewegung sich immer mehr steigert, ein Zwang, der aber keineswegs als eine drückende Bürde gefühlt, sondern freudig getragen wird, weil er der Zwang der Gesamtheit über das Individuum ist.

Die Forderung der vollen individuellen Freiheit für Alle ist also ein Unfug, sie ist undurchführbar. Die individuelle Freiheit kann nur existieren, wenn sie einigen Wenigen auf Kosten der Gesamtheit zu Theil wird. Warum ist die Forderung nach solcher „Freiheit“ unvereinbar mit der Forderung nach Kommunismus und voller Gleichheit, und diejenigen, welche Beides zugleich verlangen, beweisen damit nur, daß sie nicht wissen, was sie wollen.

Unser Wahlpruch lautete bisher: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Soweit man unter Freiheit das Aufheben jeder Herrschaft Einzelner über die Gesamtheit versteht, ist diese Forderung in der Forderung der Gleichheit bereits enthalten. Insofern man aber unter Freiheit absolute individuelle Freiheit versteht, ist diese Forderung entschieden im Gegensatz zum Kommunismus und daher unbedingt zu verworfen. Diese Freiheit können wir denen überlassen, welche die moderne Gesellschaft auf die Spitze treiben wollen, den Fortschrittlichen und Anarchisten.

Symmachos.

Der „kleine Belagerungszustand“ in Leipzig und Umgegend.

Aus Mitteldeutschland.

Die Reichsregierung, d. h. Bismarck hat seinen Willen durchgesetzt: der „kleine Belagerungszustand“ ist über Leipzig und Umgegend verhängt worden.

Der „kleine Belagerungszustand“, das heißt das „Recht“, nach Belieben und Kaune Ertrinken zu vernichten, Familien zu zerreißen.

Einige Monate lang hatte die sächsische Regierung sich gestraubt: die frechen Zumuthungen des Putzmeisters wurden in Dresden sehr überdramatisch, indes, wie Figura zeigt, zuletzt hat man sich gefügt.

Brutalität und Feigheit haben sich brüderlich zu diesem nichtswürdigen Streich die Hand gereicht.

„Jeder Hef kann mit dem Belagerungszustand regieren“, sagte einst Cavour; der große Bismarck ist so weit herabgekommen, daß er ohne Belagerungszustand nicht mehr regieren kann. Wir können uns über dieses klägliche testimonium pauperum nur freuen.

Und die sächsische Regierung! Ihre Feigheit wird nur von ihrer Dummheit übertroffen.

Sie hatte doch das Beispiel Hamburgs vor Augen, das Bismarck durch den „kleinen“ entwarf und der Widerstandsfähigkeit beraubt hatte.

Durch Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Leipzig hat die sächsische Regierung die stärkste Partei im Lande zum Kampf auf Leben und Tod herausgefordert und sich den zentralistischen Bestrebungen Bismarcks gegenüber wehrlos gemacht. Sie erleidet jetzt schon — wenige Tage nach Verhängung des sauberen Liebesdienstes —, daß die von Bismarck inspirierte preussische Presse die sächsische Regierung auf ihrer Nachgiebigkeit und allzugroßen Reaktionswuth angreift und verhöhnt.

Geschicht ihr recht. Wahrhaft kläglich ist die sogenannte „Motivierung“ in den amtlichen sächsischen Blättern. Da wird gesagt:

Seit dem Erlaß des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie haben es, wie anderwärts, so auch in Leipzig und Umgegend die Folgebehörden es für ihre Pflicht erachtet, gegen die dort erscheinende sozialdemokratische Presse, welche geradezu terroristisch gegen Alle vorging, von denen bekannt war, daß sie die Ziele der sozialdemokratischen Bewegung mißbilligten oder verabsäumten, und deren Hauptzweck es offenbar war, durch Schürung des Klassenhaßes die Partei zu kräftigen und ihr neue Mitglieder zuzuführen, energisch einzuschreiten. Dieses Vorgehen gegen die Presse hat die sozialdemokratische Agitation veranlaßt, sich mit um so größerem Eifer dem Verzeiwesen zuzuwenden, in welchem demaltes unverkennbar ihr Schwerpunkt zu suchen ist und welches durch eine große Zahl von meistens sehr

unschuldig klingende Namen führenden Vereinen betrieben wird. Insbesondere seitdem über Berlin und über Hamburg der sogenannte kleine Belagerungszustand verhängt worden ist, hat sich Leipzig mit seinen stark bevölkerten industriereichen Vororten zu einem Hauptkampfplatz der Sozialdemokratie ausgebildet, von wo aus die Agitation planmäßig geleitet, das Zusammenhalten der wohldisziplinierten Partei gepflegt und die Verbindung mit den Parteigenossen des übrigen Deutschlands unterhalten wird. Aus den eingegangenen Berichten hat die Regierung gegenwärtig die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß die Organisation und die revolutionäre Thätigkeit der dort vereinigten, nicht wenige der tonangebenden Führer unter sich stehenden Mitglieder der Umstürzlerpartei eine Höhe erreicht hat, durch welche die öffentliche Sicherheit bedroht erscheint. Die Regierung hat es daher für ihre Schuldigkeit gehalten, von der durch das oben gedachte Gesetz gewährten Fügigkeit Gebrauch zu machen und bei dem Bundesrathe die Genehmigung zur Anwendung der im § 28 erwähnten Maßregeln zu beantragen. Seitens des Bundesrathes ist diese Genehmigung ausgesprochen worden.

Entweder gelogen, oder kein Grund.

Daß in Leipzig sozialdemokratische „Führer“ sind oder waren, und eine sozialdemokratische Partei und Organisation besteht, ist allerdings richtig, gilt aber so ziemlich von jeder Stadt in Deutschland, denn wo Sozialdemokraten sind, sind auch sozialdemokratische „Führer“, statemalen Sozialdemokraten ihre eigenen Führer zu sein pflegen, und Sozialdemokraten gibt es zum Glück so ziemlich überall in Deutschland und wird es geben in immer steigender Anzahl.

Was aber die angebliche Bedrohung der öffentlichen Sicherheit betrifft, so ist sie eine unerschämte Lüge. In Leipzig und seiner Umgebung war die öffentliche Sicherheit keinem Moment durch die Sozialdemokratie bedroht — und wenn dies später der Fall sein wird, so haben die Herren sich selber das zuzuschreiben.

Die Sozialdemokratie wird auch auf diesen Reaktionsstreich die Antwort nicht schuldig bleiben.

Wenn die Herren in Berlin und Dresden unsere Organisation gebrochen, unsere Kämpfer eingeschüchert zu haben meinen, so können wir ihnen das kindliche Vergnügen; es wird nicht lange vorhalten.

Wir trauern nicht, das dürfen die Herren uns glauben. Im Gegentheil. Durch solche schuftige Maßregelungen wird in jedem Parteigenossen das Gefühl des Hoffes gegen die bestehende Ordnung der Dinge gesteigert. Dem deutschen Volk steht die revolutionäre Leidenschaft; die muß ihm durch Verfassungen, welche den Jährlingen „die Milch der frommen Denkungsart in gährend Trankgüß verwandeln“, erst künstlich eingeschüttet werden.

Bismarck, unterstützt von der Niedertracht der deutschen Bundesregierungen und der deutschen Bourgeoisie, hat der Sozialdemokratie schon so viel Dienste geleistet — er leistet ihr auch diesen: er erzieht das deutsche Volk zur Revolution.

Der kleine Belagerungszustand ist die beste Schule der Revolution. Wir danken Herrn Bismarck!

Apropos, sein Sohn, der Reichskulst, sprach neulich in Berlin das geflügelte Wort: Der kleine Belagerungszustand ist weniger drückend als die Hundesperre.

Das war ein wahres Wort, und es war ein gutes Wort.

Ein wahres Wort, denn das deutsche Bürgerthum, die deutsche Bourgeoisie, ist in der That alles Freiheits- und alles Gerechtigkeitsfinnes, aller Scham und aller Humanität so vollständig baur, daß ihr die Leiden ihrer Schooskinder und sonstigen Kider weit näher gehen, als das namenlose Elend der Hunderte, ja Tausende von Ertrinkten und Familien, die in Deutschland bisher durch den kleinen Belagerungszustand zerstückt worden sind.

Ein gutes Wort, denn es zeigt uns die empfindende Verrohung des Menschen, der es gesprochen, und der Spitze, zu der er geführt. Die deutschen Arbeiter mit Händen verglichen! Das ist sogar der Bestimmer „Nationalzeitung“ und der „Kölnischen Zeitung“ zu arg.

Und ehrliche Männer so hinhinsetzt zu beschimpfen, dessen erdreißet sich der Sohn eines Individuums, das aus einem verschuldeten, bettelarmen Krankjunker in wenigen Jahren zu einem mindestens dreißigjährigen Millionär geworden ist, durch Mittel, die gleich der Politik des gleichen Individuums, zum großen Theil das Tageslicht zu scheuen haben.

Die sozialistischen Arbeiter nicht einmal des Mitleids werth, das Hundes gebührt!

Gräßlich, das Wort ist! Sozialdemokraten sind keine Nationalliberalen, von denen Bamberger einst mit Fug bemerkte: „Hunde sind wir ja doch!“

Die Sozialdemokratie wird des Wortes eingedenk sein! Und wenn der von Bismarck so eifrig vorbereitete Tag der Nemesis gekommen sein wird, und wenn dann gewisse Brechbrecher und Hochverräter am Volk verdientermaßen wie tolle Hunde behandelt werden, dann mag sich der Reichskulst, und mag seine Sippe sich der Hundesperre erinnern!

—ml—

Sozialpolitische Mundschau.

Zürich, 6. Juli 1881.

Der glänzende Wahlsieg unserer Genossen in Mannheim, der 16 weitere sozialistische Deputirte in die Stadtvertretung und zwar mit erdrückender Majorität — 669 gegen 214 Stimmen — brachte, erregt alleseits in unseren Kreisen die freudigste Begeisterung und wird

Ja, die Bewegung dieser Welt innerhalb ihrer Gesetze ist notwendig eine hie Aufhebung des Gesetzes.

Das Judenthum konnte sich als Religion, es konnte sich theoretisch nicht weiter entwickeln, weil die Weltanschauung des praktischen Bedürfnisses ihrer Natur nach bornirt und in wenigen Jagen erschöpft ist.

Die Religion des praktischen Bedürfnisses konnte ihrem Wesen nach die Vollendung nicht in der Theorie, sondern nur in der Praxis finden, eben weil ihre Wahrheit die Praxis ist.

Das Judenthum konnte keine neue Welt schaffen, es konnte nur die neuen Weltanschauungen und Weltverhältnisse in den Bereich seiner Betriebsamkeit ziehen, weil das praktische Bedürfnis, dessen Bestand der Eigenmuth ist, sich passiv verhält, und sich nicht beliebig erweitert, sondern sich erweitert findet mit der Fortentwicklung der gesellschaftlichen Zustände.

Das Judenthum erreicht seinen Höhepunkt mit der Vollendung der bürgerlichen Gesellschaft; aber die bürgerliche Gesellschaft vollendet sich erst in der christlichen Welt. Nur unter der Herrschaft des Christenthums, welches alle nationalen, natürlichen, stiftlichen, theoretischen Verhältnisse dem Menschen außerlich macht, konnte die bürgerliche Gesellschaft sich vollständig vom Staatlichen trennen, alle Gattungsbände des Menschen zerreißen, den Egoismus, das eigenmächtige Bedürfnis an Stelle dieser Gattungsbände legen, die Menschenwelt in eine Welt atomistischer Feindschaft für gegenüberstehender Individuen auflösen.

Das Christenthum ist aus dem Judenthum entspringen. Es hat sich wieder in das Judenthum aufgelöst.

Der Christ war von vornherein der theoretisirende Jude, der Jude ist der praktische Christ, und der praktische Christ ist wieder Jude geworden.

Das Christenthum hatte das reale Judenthum nur zum Schein überwunden. Es war zu vornehm, zu spiritualistisch, um die Robheit des praktischen Bedürfnisses anders als durch die Erhebung in die blaue Lust zu befriedigen.

Das Christenthum ist der sublimste Gedanke des Judenthums, das Judenthum ist die gewöhnliche Anwendung des Christenthums, aber diese Anwendung konnte erst zu einer allgemeinen werden, nachdem das

als gutes Omen für die kommenden Reichstagswahlen begrüßt. Das obige Zeitungsgeschwätz schreit auch bereits laut nach dem Belagerungszustand für Mannheim.

Klählich ist ein naives Gefändnis der Frankfurterin. Den Sieg der Sozialdemokraten erklärt sie dadurch, „daß die dritte Wählerklasse fast ausschließlich aus Arbeitern besteht, während die Gewerbetreibenden meist der zweiten Klasse angehören. Eine wirksame Agitation für die demokratische Partei war sonach von selbst für die dritte Wählerklasse ausgeschlossen.“

Die „demokratische“ „Frankfurter Zeitung“ hält es also für selbstverständlich, daß kein Arbeiter für einen „demokratischen“ Kandidaten stimmt. Welche Selbsterkenntnis!

Der Mannheimer Wahlsieg ist unter Anderem die beste Widerlegung des lächerlichen Geschwätzes, die Mannheimer, die Berliner und die Sozialisten anderer Orte hätten Wahlenthaltung beschloffen. Wenn solche Beschlässe wie die von einem „revolutionären“ Blatte berichteten, wirklich gefaßt wurden, so hat sie höchstens der betreffende Korrespondent im einsamen Kämmerlein für sich selbst gefaßt, und zwar als echter Versuch, auch so geheim, daß kein anderer Mensch etwas davon erfahren hat.

Die „Voix de l'ouvrier“ (Arbeiterstimme) in Brüssel berichtet, daß Herr Adolf Wagner in Eibersfeld für den Reichstag kandidire und daß die Sozialisten daselbst diesmal auf eine eigene Kandidatur Verzicht geleistet hätten.

Junakich berichten wie unser Bruderorgan dahin, daß die Sozialisten in Eibersfeld-Barmen durchaus nicht gewillt sind, jenen Wahlkreis anzugehen, sondern entschlossen sind, in den Wahlkampf einzutreten und als Kandidaten unsere Genossen Moses Oppenheimer, z. B. in Stuttgart, in Aussicht genommen haben. Des Weiteren bemerkt wir aber, daß die Kandidatur des Herrn Adolf Wagner am allerwenigsten für uns jemals ein Grund sein wird, von der Auffassung eines eigenen Kandidaten abzusehen. Herr Wagner ist unser Gegner und mindestens ebenso bekämpfenswerth als jeder andere Gegner. Darüber lassen wir uns durch seinen „Kathedersozialismus“ ebensowenig täuschen, als durch den Bismarck'schen „Staatssozialismus“. Beide entpuppen sich bei näherer Betrachtung als ganz inmierer Humbug, als Recepte, die bürgerliche Gesellschaft und den Klassenstaat um jeden Preis aufrecht zu erhalten und das Volk durch den Namen „Sozialismus“ zu betrügen. Unter den deutschen Arbeitern hat dieser „Kathedersozialismus“ mit Recht längst allen Kredit eingebüßt, er spukt nur noch hier und da in den Köpfen einzelner wohlmeinender Ideologen, und es ist die höchste Zeit, daß auch die Sozialisten im Anstand darüber angeklärt werden, wie wenig Grund sie haben, Deutschland um diese Spezies zu beneiden.

Bismarcks Arbeiterfreundlichkeit ist glänzend zu Tage getreten — in der Antwort auf die Anregung des Schweizerischen Bundesraths betreffs der Internationalen Arbeitsgesetzgebung. Hier, wo es sich wirklich um eine durchgreifende Reform im Interesse der Arbeiter handelt, hier hatte der große Sozialreformer nichts als ein Wüßes Nein! Und wach! jämmerliche Motivierung! Die industrielle Entwicklung sei in den verschiedenen Ländern eine zu verschiedene, um für Alle maßgebende Normen zu schaffen. Wie nichtsegenhaft! Als ob nicht auch innerhalb der einzelnen Länder die industrielle Entwicklung je nach bestimmten Dürftigen eine verschiedene wäre und als ob nicht solche Verschiedenheiten in der Gesetzgebung sehr gut Berücksichtigung finden könnten!

Aber freilich, unter einer internationalen Arbeitsgesetzgebung, wie überhaupt unter jeder Arbeiterschutzgesetzgebung könnte ja die Ausbeutung der Arbeiter auf den preussischen Staatswerftstätten und Betrieben, sowie in denjenigen Establishments, in denen Altes Bismarck seine zusammengeparten Willkuren angelegt hat, eingeschränkt werden, das acht wirklich nicht, geht beim besten Willen nicht, denn die Arbeiterfreundlichkeit Bismarcks darf ja auf keinen Fall etwas kosten, im Gegentheil, sie soll noch erübrigen, recht viel einbringen, man vergleiche den verächtlichsten „Schuh der nationalen Arbeit“, auf deutsch „Schuh der nationalen Ausbeutung der Arbeiter“.

Einem Theil des projektirten großen Reformwerkes, zu dessen Durchführung Tabak und Branntwein mehr bluten sollen, bildet die Kanalisierung des nördlichen Deutschlands, welche Wunder für die Landwirtschaft bewirken soll. Was das für Wunder sein werden, sieht man daraus, daß die von der Regierung vorgezogene Linie des Kanals zwischen Glückstadt und der Ostsee der Landesbewässerung gar keinen Nutzen bringen kann. Entschieden ist der Ausspruch Wolff's, der diese Linie für die für Kriegsschiffe geeignet hält. Beruhige Dich, Deutschland, der Geniale und seine geschulte Kraft werden Dich nicht in ein Riesfeld verwandeln, dieses entsefliche Schicksal bleibt Dir erspart. Sie machen aus Dir ein Riesfeld, welches bloß sticht, aber keine Früchte trägt und in dem sich bloß Fiel wohlfühlen.

Der „Staatssozialist“, mit dessen Sozialismus nur kriechende Pfaffen Staat machen können, verfaßt in seiner neuesten Nummer auf unsere Kosten ungeheuer — geistreich zu sein. Der Moniteur der Königl. preuss. Staatskonfessionäre schreibt wörtlich:

„Der Züricher Sozialdemokrat“ beantwortet die Frage, welche unser Artikel, der „Vorkonkling“, am Schluß aufwirft: „Wo ist der Gärtner, der den Obstbaum mit der Wurzel ausrottet? Wo der Staatsmann, der den edlen König von dem Vorkonkling befreit? mit wahrhaft kindlicher Freude über seine große Klugheit durch ein Wort — Sozialismus. In der That, die deutschen Arbeiter haben wenig verloren, daß sie die Weisheit dieser Herren nicht mehr zu verdauen brauchen. Wir sagen: Wer ist im

Christenthum als die fertige Religion die Selbstentzweiung des Menschen von sich und der Natur überhaupt vollendet hatte.

Ran erst konnte das Judenthum zur allgemeinen Herrschaft gelangen und den entäußerten Menschen die entäußerte Natur zu veräußern, veräußern, veräußern, der Knacktheit des egoistischen Bedürfnisses, dem Schacher andeingefallenen Gegenständen machen.

Die Veräußerung ist die Praxis der Entäußerung. Wie der Mensch, so lange er religiös befangen ist, sein Wesen nur zu vergegenständlichen weiß, indem er es in einem fremden phantastischen Wesen macht, so kann er sich unter der Herrschaft des egoistischen Bedürfnisses nur praktisch betheiligen, nur praktisch Gegenstände erzeugen, indem er seine Produkte, wie seine Tüchtigen, unter die Herrschaft eines fremden Wesens stellt und ihnen die Bedeutung eines fremden Wesens — des Geldes — verleiht.

Der christliche Seligkeitsegoismus schlägt in seiner vollendeten Praxis notwendig um in den Verdesegoismus des Juden, das himmlische Bedürfnis in das irdische, der Subjektivismus in den Egoismus. Wie erst die Jähligkeit des Juden nicht aus seiner Religion, sondern vielmehr aus dem menschlichen Grund seiner Religion, dem praktischen Bedürfnis, dem Egoismus.

Wollte das reale Wesen des Juden in der bürgerlichen Gesellschaft sich allgemein verwirklicht, verweltlicht hat, darum konnte die bürgerliche Gesellschaft den Juden nicht von der Unwirklichkeit seines religiösen Wesens, welches eben nur die ideale Aufhebung des praktischen Bedürfnisses ist, überzeugen. Also nicht nur im Pentateuch oder im Talmud, in der jüdischen Gesellschaft finden wir das Wesen des heutigen Juden, nicht als ein abstraktes, sondern als ein höchst empirisches Wesen, nicht nur als Beschränktheit des Juden, sondern als die jüdische Beschränktheit der Gesellschaft.

Sobald es der Gesellschaft gelingt, das empirische Wesen des Judenthums, den Schacher und seine Voraussetzungen aufzuheben, ist der Jude unmöglich geworden, weil sein Bedürfnis keinen Gegenstand mehr hat, weil die subjektive Basis des Judenthums das praktische Bedürfnis vermenscht, weil der Konflikt der individuell-sinnlichen Existenz mit der Gattungseristenz des Menschen aufgehoben ist.

Die gesellschaftliche Emanzipation des Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judenthum.

Feuilleton.

Karl Marx über die Judenfrage.

(Schluß.)

Der Gott der Juden hat sich verweltlicht, er ist zum Weltgott geworden. Der Beschäftigt ist der wirkliche Gott des Juden. Sein Gott ist nur der illusorische Wechsel.

Die Aufhebung, welche unter der Herrschaft des Privateigentums und des Geldes von der Natur gewonnen wird, ist die wirkliche Beschäftigung, die praktische Herabwürdigung der Natur, welche in der jüdischen Religion zwar existirt, aber nur in der Einbildung existirt.

In diesem Sinne erklärt es Thomas Münzer für unerträglich, daß alle Kreatur zum Eigentum gemacht worden sei, die Fische im Wasser, die Vögel in der Luft, das Gewächs auf Erden — auch die Kreatur müsse frei werden.“

Was in der jüdischen Religion abstrakt liegt, die Verachtung der Theorie, der Kunst, der Wissenschaft, des Menschen als Selbstzweck, das ist der wirkliche bewußte Standpunkt, die Tugend des Geldmenschen. Das Gattungsbewußtsein selbst, das Verhältnis von Mann und Weib zc. wird zu einem Handelsgeschaft! Das Weib wird veräußert.

Die himmlische Nationalität des Juden ist die Nationalität des Kaufmanns, überhaupt des Geldmenschen.

Das grund- und bodenlose Gesetz des Juden ist nur die religiöse Karrikatur der grund- und bodenlosen Moralität und des Rechts überhaupt, der nur formellen Mitten, mit welchen sich die Welt des Eigenmuthes umgibt.

Auch hier ist das höchste Verhältnis des Menschen das gesetzliche Verhältnis, das Verhältnis zu Gesetzen, die ihm nicht gelten, weil sie die Gesetze seines eigenen Willens und Wesens sind, sondern weil sie herrschen und weil der Abfall von ihnen gerächt wird.

Der jüdische Jesuitismus, derelbe praktische Jesuitismus, den Bauer im Talmud nachweist, ist das Verhältnis der Welt des Eigenmuthes zu den sie beherrschenden Gesetzen, deren schlaue Umgehung die Hauptkunst dieser Welt bildet.

Stande, eine gerechte Gesellschaft zur Thatsache zu machen, wer kann den Sozialismus praktisch gestalten? Antwort: Der Sozialismus. So lang sind wir selber. Die Herren glauben, wie es scheint, wenn man ein Wort auf eine Frage zurückgibt, dann habe man die Frage beantwortet, gerade wie der große Selbstverleugere des Christenthums, der Philosophen Hartmann auf alle Fragen der organischen Welt die tiefgeheimnisvolle Antwort hat: „Das Kubenwurzel“, oder wie die Eingebornen Australiens auf alle Fragen die noch geheimnisvollere Antwort haben: „Dewi“, „Dewi“, was ungefähr so viel heißt wie Teufel, von dem sie aber keine klareren Vorstellungen haben, als die Jüdischer Sozialdemokraten vom Sozialismus.“

Das ehrenwerthe Blatt scheint mit seinem Protektor, Herrn Stöcker, die jüdische Eigenschaft gemein zu haben, niemals richtig zuzufassen zu können. Nicht nur unsere Antwort, sondern sogar die eigene Frage. Es ist dem Herrn H. J. gar nicht eingefallen, darnach zu fragen, wer den Sozialismus praktisch gestalten kann, wir haben ihm vielmehr auf seine mehr als naiven Fragen klipp und klar als den „Siegfried, der diesen Drachen — den Bolschewik — zu tödten vermag“, den Sozialismus bezeichnet, als den „Gärtner, der den Giftbaum mit der Wurzel ausrottet“ die soziale Revolution, und auf die Frage nach dem Staatsmann antworteten wir:

„Kleiner Schäfer! Der „richtige König“ kann ohne den Finanzminister, der aber, wie Sie sehr richtig bemerken, ohne den Bolschewik nicht bestehen; der rechte Staatsmann wird wohl der sein, der sie alle drei abschafft.“

Und nun rathen Sie einmal, wer das sein mag? Die Herren vom „Sozialismus“ können oder wollen es nicht rathen. Ihr stets nach Oben schiebender Sinn kann es nicht lassen, daß dieser Staatsmann keine Kreatur eines Königs von Gottes Gnaden sein wird. Dieser Staatsmann, Ihr Herren, wird weder ein Minister noch ein Hofprediger, weder ein Professor noch ein königlicher Geheimrath sein, dieser Staatsmann wird Niemand anders sein, als das revolutionäre Proletariat, welche die ganze Schmaropfergesellschaft zum Teufel sagen wird.

Sind wir Ihnen jetzt deutlich genug, Herr Hofprediger?

— Ein verlogneres Gesindel als diese christlich-konservativen „Sozialreformer“ wird man sobald nicht finden. Wo man auch in ihre Veröffentlichungen hineinblickt, überall stoßen wir auf ein System von Lüge, Verleumdung und Falschheit, daß einem vor Ekel überliefen. Da jährt der heider „Sozialismus“ in seiner Verleumdung einen „vortrefflichen“ Artikel „Die historische Weltstellung der Juden und die moderne Judenfrage“ aus der „Allg. konservativen Monatschrift für das christliche Deutschland“, und wenn wir uns diesen „vortrefflichen“ Artikel näher ansehen, auf was stoßen wir? Auf die leichtesten Salbadereien, „pflaun“ gemacht durch die infamste Verdächtigung. Man höre nur:

„Vervollständigt wächst der Reichthum auf der einen, die Verarmung auf der andern Seite. Hier liegt der Kern der sozialen Frage. Den jüdischen Sozialisten Marx, Lassalle u. a. ist es freilich gelungen, diese Frage in ein ganz falsches Fahrwasser zu leiten. Sie lösten die Frage auf als Konflikt zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, zwischen Arbeiter-Lohn und Unternehmer-Gewinn, zwischen Kraft und Kapital, als ob die paar Millionen, welche die Fabrikanten in einem langen arbeitsvollen Leben erwerben, Schuld seien an der Verarmung des Volkes, an der Noth der unteren Klassen. Was sind aber die Millionen aller Fabrikanten gegenüber den Milliarden der großen Geldfürsten? Was ist Unternehmerrginn eines langen, mühseligen Fabrikantenlebens gegenüber dem Börsengewinn, den jene obersten Zehntausend mühelos bei Staatsanleihen und beim Handel mit Staatspapieren und Aktien machen? Daher rührt die Verarmung des Volkes, denn des Volkes Steuern müssen die Zinsen der Staatsanleihen anbringen. Es läßt sich nicht entscheiden, ob die jüdischen Sozialisten absichtlich und im Einverständnis mit den jüdischen Börsenmännern der sozialistischen Bewegung diese Richtung gegeben haben oder nicht; aber soviel ist gewiß, daß die soziale Frage bisher den christlichen Fabrikanten vielmehr Sorge gemacht hat, als den jüdischen Börsenmännern.“

Wir haben diesen Blödsinn schon öfters und in allen möglichen Tonarten parirt, einmal sogar von Jemasden, der sich im Ernst für einen Sozialisten hielt, aber in fast allen Fällen war eine fast phänomenale Unkenntnis der Schritte dieser jüdischen Sozialisten und eine noch phänomenalere Unwissenheit in Bezug auf den Charakter der modernen Gesellschaft die Ursache. Unser „vortrefflicher“ Artikelsschreiber aber weiß, daß er lügt, denn kurz nach dieser jesuitischen Verdächtigung sagt er mit einer wunderbaren Unverfrorenheit: „Denn nicht allein die Rothschild bedürfen der Staaten, sondern auch umgekehrt, die Staaten bedürfen immer wieder und noch lange der Rothschild“ — wozu selbst der „Sozialismus“ ein weißes Fragezeichen macht. Und es folgt der jüdische Vorschlag, die „Rothschild“ zu verstaatlichen, in der Weise, daß der Staat mit den Rothschilden den „Rebber“ theilt: Rothschild darf weiter spekuliren, aber der Staat heimt den Gewinn ein, und Rothschild bekommt nur einen bestimmten Prozentsatz.

Für wie dumm müssen die Herren ihre Väter halten, daß sie ihnen mit einer so stunden Utopie Honig um's Maul schmieren zu können glauben!

Wollen den Börsenschwindel verewigen und jenen über die „jüdischen Sozialisten“, welche der menschlichen Ausbeutung in allen ihren Formen den Krieg erklärt haben und den „Giftbaum“ an der Wurzel anpacken, bei der Ausbeutung des heidnischen Proletariats durch den besitzenden Kapitalisten. Wie die Ausbeuter unter sich gegenseitig den Raub sich theilhaftig machen, das ist den „jüdischen Sozialisten“ ebenso schunpfe, wie dem christlich-germanischen Proletariat, wenn er vor Hunger und Elend zu Grunde geht. Und ob Ihr plagen möget vor Wuth, sie bleiben bei einander, der jüdische Sozialist und der christliche Arbeiter, bis sie dem christlichen und dem jüdischen Ausbeuter den Garaus gemacht haben. Dana!

Ein tödtliches Gefährdich finden wir in deutschen Artikel. Es heißt da: „Die Zwangslage der Fürsten, daß sie, um unter jetzigen Verhältnissen den Geldfürsten an Vermögen gleich zu bleiben, sich mit Geldgeschäften abgeben und sich in jüdische Interessen hineinziehen lassen müssen“ (1) liegt offen am Tage (11); gleichwohl bleibt es verhängnisvoll für sie und wird sie um so gewisser in den großen Ruin mit hineinreißen (selbstverständlich) Red. des „Sozialdem.“; denn „Einst wird kommen der Tag, wo das heilige Zion hinfiel!“ — das gilt auch vom Tempel der Börsen.“

Bravo!

— Professoraler Blödsinn. Herr Adolf Wagner, Rathgeber-Sozialist außer Diensten, der 1872 pflichtschuldig zwischen Nationalliberalismus und Konservatismus schwabte, jetzt aber sich durch den Wind von oben nach unten in's konservativ Lager hat treiben lassen, hat für seine neue Partei ein Wahlprogramm entworfen, in welchem wir u. A. folgende schönen Dinge vorfinden:

„Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht, unter möglicher Schonung der Volksträfte“ — heißt auf deutsch: Bewilligung aller von Bismarck für nötig befundenen Militärlasten, unter möglicher Schröpfung der Volksträfte.

„Energisches Eintreten für das Königthum von Gottes Gnaden.“ — Wozu leben wir auch sonst im 19. Jahrhundert?

„Presse- und Versammlungsfreiheit unter selbstverständlicher Innehaltung der Grenzen, welche die christliche Moral, die gute Sitte und die Rücksicht auf die Grundlagen der öffentlichen Institutionen vorschreiben.“ — Gutes Gammli elosium. Wir zahlen 1000 Franken demjenigen, der uns aus diesem Gammliathum einen „haltspunkt“ herausfindet für die Stellung

des Herrn Wagner zum Sozialistengesetz das bekanntermaßen Presse- und Versammlungsfreiheit aufhebt. Welche Grenzen schreibt denn die „christliche“ Moral in Bezug auf Presse und Versammlungen vor? Nach dem Evangelium ist Christus durch sein Versammlungsgesetz genirt worden, es steht nichts zu lesen, daß ihm ein jüdischer Bürgermeister oder ein römischer Polizeikommissar je eine Versammlung aufgelöst habe, seine Apokalypse aber haben sich, wie die Apokalypse zeigen, einer angelegentlichsten Pressefreiheit erfreut. Paulus, Petrus, Jakobus richteten an die Römer, an die Galater, an die Epheser, an Tod und Teufel Flugblätter richteten, ohne zu riskiren, daß sie ihnen verboten wurden, wie z. B. das Flugblatt Hofenlewers an die Breslauer u.

„Christlicher Eid“ — müssen den auch die Juden schwören, Herr Professor?

„Konfessionelle Volksschule“ d. h. Ableiern von Gesangsliedern und Kernsprüchen, biblischer Köhlerglaube an Stelle naturwissenschaftlicher Erkenntniß, — zu Ehren der Mamen des Herrn Adolph Wagner, weiland Professor in Göttingen.

„Eintracht unter den Konfessionen und Garantien für die Gewissensfreiheit“ — ausgenommen der Sozialisten.

„Wiederaufnahme der Erbpacht“, das heißt: Wiederherstellung des alten Hörigkeitsverhältnisses.

„Inländische Verbrauchsteuer und Finanzölle, besonders auf Luxusartikel (stärkere Belastung des Tabaks und Branntweins)“ — und der Mann nennt sich Arbeiterfreund.

„Schutz der Fabrikarbeiter in familiärer, sitzlicher und ökonomischer Hinsicht, Großarbeit, nicht wahr? O, gewiß, und damit Niemand über die ungehore Tragweite dieses „Schutzes“ im Unklaren bleibe, ist gleich in Klammern hinzugefügt, wie weit dieser „Schutz“ ausgedehnt werden soll. Man höre also:

„Arbeiterversicherungswesen, Sonntagsruhe,“ — das ist alles, was Herr Wagner den Arbeitern — verspricht. In der That, großartig!

Splendid ist dagegen Herr Wagner gegenüber den Handwerkern. Demen verspricht er:

- a. Umgestaltung des Innungswesens.
- b. Mögliche Beschränkung des Hausirhandels und der Wanderlager (Wechsellrecht).

Wie das Innungswesen umgestaltet werden soll, verschweigt Herr Wagner, vermutlich aber will der Mann der Wissenschaft Zwangslimmungen. Bravo! Geht die Handwerker nur Recht, wenn sie darauf hineinfallen.

Was aber die „mögliche Beschränkung des Hausirhandels“ anbetrifft, so thut der „arbeiterfreundliche“ Herr Professor, als sei es ihm ganz unbekannt, wie viele Arbeiter sich heute nur dadurch vor dem gänzlichen Ruin retten können, daß sie in Zeiten der Arbeitslosigkeit einen kleinen Hausirhandel anfangen, daß der Hausirhandel in der heutigen Gesellschaft für viele Oerthshafen geradezu ein Segen ist, und der Uebertheuerung durch lokale Monopolisten entgegenwirkt, es scheint ihm ganz unbekannt zu sein die Petition der Glanbacher „Weberinnung“ gegen die auf Beschränkung des Hausirhandels gerichteten Bestrebungen. Die heutige bürgerliche Gesellschaft anrecht erhalten wollen und den Hausirhandel beschränken, dazu gehört eine ganz engherzige, phibisirische Beschränktheit oder das Hirn eines deutschen Professors.

Mag dieser Professor sich auch nennen wie er will, mag er noch so hochtrabende Worte von Sozialreformen im Munde führen, die sozialistischen Arbeiter werden auf seinen Köder nicht anbeißen.

— In Berlin hat dieser Tage ein seit Monaten vergeblich Arbeit suchender Proletarier eine einen Hund vorgelegte Schüssel voll Hundesutter „geholt“, um seinen ankündenden Hunger mit der ehesten Speise zu stillen. Hundesutter und Hundesperre! Wie herrlich wird doch dem „armen Manne“ geholfen!

Der „Sozialist“ richtet anlässlich dieser Nachricht einen fulminanten Appell an — den Oberbürgermeister von Berlin. „In Berlin“, schreibt das edle Blatt, „wird so viel Geld verschwendet, wird ein so kostbarer Luxus getrieben, daß es das Strafgericht des ewigen und gerechten Gottes geradezu herausfordern heißt, wenn innerhalb dieser Schlemmerei, umgeben von allen Genüssen der Welt, Menschen Hungers sterben oder Hunde um ihre Nahrung bekämpfen müssen.“

Sehr gut, Ihr christlich-sozialen Menschenfreunde! Aber das „Strafgericht Gottes“ wird nicht bei dem Oberbürgermeister stehen bleiben, höher raus, höher raus, Herr Hofprediger!

— Heißeres Blut! „Mit welcher Kaltblütigkeit legt die Ausweisungen angenommen werden, davon macht man sich kaum eine Vorstellung“, lesen wir in einem Privatbrief aus Hamburg. Wir müssen offen gestehen, daß dieser Satz, so sehr er aus der einen Seite ein Zeichen höchst anerkenntswürdiger Opfertugend ist, doch für uns einen recht unangenehmen Beigeschmack hat. Wenn nur nicht mit dieser Rücksichtslosigkeit gegen die eigene Ehre ein nur zu großer Theil Unempfindlichkeit gegen die Niedertretung der feigen Polizeipalshaus verbunden wäre! Kaltblütig sein ist gewiß gut, aber es gibt einen Grad von kaltem Blute, der dem thürischen Fatalismus verdammt ähnlich sieht, und vor diesem möchten wir unsere Genossen in Deutschland doch dringend warnen. Mehr Leidenschaft, mehr Leidenschaft, man kann sonst an der Verewigung des deutschen Volkes verzweifeln.

— Wilhelmsspenden. In Dresden und Jüba ist das Einlangen von Beiträgen zur Förderung der Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten verboten worden. Verderblichwangeres Jüba! — Genosse Kaiser ist noch immer in Haft. Wahrscheinlicher Grund: möglicher Verdacht, an die Verbreitung verbotener Schriften gedacht zu haben. — In Nürnberg ist der stiftliche Verein „Räuberreis Hofen“ auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden und mit Recht. Ein Mann und nicht ein altes Weid in Hofen zu sein, ist in Deutschland heutzutage eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Unsicherheit und daher ein Verstoß gegen das Sozialistengesetz. — Verboten wurden Bebel's Rede über das Unfallversicherungsgesetz, der Chicagoer „Vorbote“, das Flugblatt „an unsere Gesinnungsgenossen und an alle rechtlich denkende Leute in Leipzig und Umgegend.“ Wie können Bebel, Hofenlewer und Liebnecht sich auch unterstehen, an alle rechtlich denkende Leute sich zu wenden! Fortsetzung der „Hilfe für den armen Mann“ nächstens.

— Genosse Auer schreibt an einen Parteigenossen betreffend seiner angeblichen Verhaftung: „Es ist zwar recht freundlich von Euch, daß Ihr mich in Berlin schätzen laßt, aber lieber ist es mir doch, daß man Euch einen Bären angeschunden hat. Weder bin ich derzeit in Haft noch überhaupt in längerer Zeit in Haft genommen worden. Indes, was nicht ist, laß ja noch werden.“

Das Gerücht von Auer's Inhaftierung stammt wohl daher, daß er auf seiner Rückkehr von Sachsen nach Schwaben in Weidenburg über Berlin fuhr und dort auf der Fahrt vom Anhalter nach dem Lehrter Bahnhof von einem Reichspolizist erkannt und nach dem Rollenmarkt transportirt wurde, dort hielt man ihn von Morgens acht bis Mittags ein Uhr auf, worauf er wieder fröhlich von dannen zog. Die Frage, ob Durchreise gleich Bahnbruch sei, harre schon lange ihrer Lösung, und ist sie nun, wenigstens polizeilich, entschieden! —

— Aus Reithall (Kanton Glarus) wird mitgeteilt, daß in einem dortigen Weberei- und Spinnerei-Etablissement sämtliche Weberinnen die Arbeit eingestellt haben, weil ihnen Tags zuvor bei Strafe anbefohlen worden war, von nun an von Morgens 6 bis halb 8 Uhr Abends zu

*) Wohin Auer jetzt übersiedelt ist.

arbeiten. Mit Recht bemerkt Freund „Geldmänn“ dazu: „In der Wehr für das Fabrikgesetz beschämen diese Weiber sonach viele, die zum „starken“ Geschlecht zählen. Respekt vor ihnen! „Zieh vorwärts, Berner, und nicht hinter Dich“, rief einst die Stauffacherin; es scheint, daß die Reithaller Mädchen und Frauen dies Wort noch nicht vergessen haben. Ihre eigene und ihrer Kinder Zukunft geht ihnen über den Befehl eines Fabrikpalschs und selbst über ein paar Rappen Wehrdienst, wenn dieser mit vermehrter und schädlicher Kraftauspöpfung erkauft werden muß.“

— Ein neues Attentat wird geplant, die Verschwornen werden sich in Salzburg versammeln. Die Polizei trifft eifrige Vorkehrungen, um die Verbrecher in ihrem unheilvollen Treiben zu — schützen, denn sie heißen Wilhelm der Hohenoller und Franz Joseph der Habsburger.

Wie lange die Weiden noch Fiel finden werden, welche die Attentate für sie ausführen?

— Die österreichische Bauernbewegung befaßt sich jetzt auch nach Böhmen aus. In Teichen fand bereits eine Bauernversammlung statt, wo auch nächstens ein Parteitag der deutschböhmischn Bauern abgehalten werden soll. Leider zeigt diese Bewegung bisher keineswegs den naturwüthigen, frischen Charakter, den die ober- und niederösterreichische und die sächsische Bauernbewegung an den Tag legt. Daß die deutschböhmischn Bauern loyal sind und sich an lauter kleinliche unzureichende Forderungen ankommen, würde weniger machen. Die Bauernbewegung ist zu jung und zu unklar, als daß sie bereits zu einem genügenden Programm hätte gelangt sein können. Das Wesentliche ist der Geist, der in der Bauernschaft steckt und der die weitere Entwicklung beeinflußt. Und in dieser Beziehung steht es in Deutschböhmen schlimm. Der deutschböhmischn Bauer hat schon kapitalistisches Fühlen und Denken eingefloßen, seine Geisteshaltung entspricht mehr der jahren des Kleinbürgerthums, als dem trotigen Unabhängigkeitsgefühl der Bauern in den Ländern der Alpen und deren Ausläufern. Der deutschböhmischn Bauer ist bisher bloß ein Liberaler, der jetzt beginnt, seine Bauerninteressen mehr wahrzunehmen als bisher; Gutbesitzer, Bervalter, ja Professoren führen bei ihm das große Wort, kurz, von der deutschböhmischn Bauernbewegung ist vorläufig nicht viel zu erwarten, wenn nicht der frische Luftzug aus den Alpen sie etwas beleben sollte.

— In Prag haben Erzeffe gegen deutsche Studenten Frankgefunden, welche natürlich von der Subelpresse, auch von der edlen Frankfurtererin, dem Böbel in die Schuhe geschoben werden, worunter natürlich das arbeitende Proletariat gemeint wird. Unsere Genossen wissen, daß die tschechischen Arbeiter sich feinerzeit ebenso wie die deutschen gegen den Nationalitätenwiespalt erklärt haben und daß tschechische Arbeiter es waren, welche eine nationale jungtschechische Volksversammlung vereitelten. Nicht die „rohen“ Arbeiter, nein, die „Blüthen der Intelligenz“, die Beisitzenden und deren Söhne, die Studenten im Verein mit dem Lumpenproletariat, diese edle Koalition ist es, welche von der Uebermacht so feigen und erbärmlichen Gebrauch macht. Die tschechischen Arbeiter sehen den ganzen Vorgängen ohne jegliche Theilnahme für den einen oder anderen Theil zu: sie wissen auch den Werth der deutschen Studenten nach Gebühr zu würdigen. Und es will sie schier bedauern, daß der Deutsche und der Tschech, daß sie alle Beide — würdige Kulturkämpfer sind.

— Aus Wien wird die Verhaftung eines „herorragenden sozialistischen Agitators“ Ramens Friedrich Wilhelm May, sowie seines „Agenten“ Lucian Kemte gemeldet. Beide sollen Kolportiere der „Frei.“ gewesen sein. May hat angeblich eine Kaution von 2000 fl. aus mysteriöser Geldquelle an. Auch soll er sehr „nobel“ gelebt haben. Wenn an der ganzen Geschichte überhaupt etwas Wahres ist, dann kann dieses Geld nur von der russischen oder preussischen Polizei herrühren, und dann hat die österreichische Polizei in ihrer Dummheit wieder einmal den Unrechten erwischt. Daß die verbündete Polizei der heiligen Allianz unter den Parteigenossen in Wien Spigel und Agents Provokaturs hält, wissen wir, ebenso wie daß diese Herren ihr sauberes Geschäft am besten unter sozialrevolutionärer Maske treiben zu können vermeinen. Trotzdem halten wir die ganze Schanernähe für ein Gewächs der Saurengartenzeit. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es einen „herorragenden Agitator“ May in Wien nicht gibt. So lange wir nicht genauere Nachrichten haben, erscheint uns die Sache ebensowenig glaubwürdig, als die Salzburger Dynamitbombe.

— In Drammen (Norwegen) ist in einem Sägewerk ein Strike ausgebrochen, zu dessen Unterdrückung und „Aufrechthaltung der Ordnung“ Militär von Christiania geschickt wurde. Die Arbeiter ließen sich leider von der Soldateska provoziren, so daß es zu einem blutigen Zusammenstoß kam, bei dem ein Arbeiter getödtet, viele verwundet wurden.

In Norwegen zeigt sich dieselbe Erscheinung, die man in Schlefien beobachten konnte und welche sich überall zeigt, wo die kapitalistische Produktionsweise ein industrielles Proletariat zu schaffen beginnt: vereinzelte und deshalb ohnmächtige Versuche der unorganisirten Arbeiter, auf gewaltthätigen Wege nicht etwa die Produktionsweise zu ändern, sondern verübergende Mißstände abzuschütteln. Solche Erhebungen bedeuten das Erwachen des Klassenbewusstseins, sie sind die ersten, urwüchsigsten Erscheinungen desselben, welche immer mehr verschwinden, je stärker das Klassenbewusstsein hervortritt und je mehr die Organisation der Arbeiter sich ausbreitet. Vereinzelt gewaltthätige Erhebungen bedeuten den Beginn, nicht das Ende des Klassenkampfes, der nicht einmal in einer allgemeinen nationalen, sondern bloß internationalen Revolution sein Ende finden kann. Das Beispiel der norwegischen, im Beginn der kapitalistischen Produktionsweise stehenden Arbeiter den im Klassenkampf geschulten Proletariats Frankreichs, wie es die „Ren. soc.“ that, zu empfehlen, beweist also nicht, als obliche Unkenntniß der sozialen Entwicklung der letzten hundert Jahre. Doch ist es unbillig von den Herrn Anarchisten zu verlangen, daß sie etwas lernen, ja, es ist unbillig, überhaupt etwas von ihnen zu verlangen. Wozu hätten sie auch ihr famoseres Motto erunden: „Weder Rechte, noch Pflichten“?

— Am 28. Juni wurde in Brüssel ein großes Volksmeeting zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts abgehalten. Mehrere Deputirte nahmen bei. Die von dem Deputirten Brüssel's, Janson, beantragte Motion, welche verlangt, daß jeder Belgier, welcher schreiben und lesen kann, zu Provinzial- und Gemeinbewahlen zugelassen wird, wurde einstimmig angenommen.

Und ein Parlament, welches solche Forderungen zurückweist, erscheint dem deutschen Reichspöhlster als der Gipfel des Radikalismus!

— In Lemberg fand am 26. Juni eine zahlreich besuchte Arbeiter-Versammlung statt, welche sich für die Einföhrung des allgemeinen Stimmrechts und des Mißsystems, für die Reform des Justizwesens, die Beseitigung der Schulen, vollständige Pressefreiheit und die Aufhebung des Zeitungstempels aussprach. Die Versammlung beschloß die Einföhrung eines allgemeinen galizischen Arbeitertages nach Lemberg. Auf demselben soll ein an das Ministerium zu richtendes Memorandum über die Arbeiterfrage beschlossen werden.

Als Lebenszeichen, als propagandistische Demonstration können diese Schritte nur von Vortheil sein. Daß die Einföhrung eines Arbeitertages Angeichts der bekannten „Freiheit wie in Oesterreich“ einen anderen Erfolg nicht haben wird, darüber sind sich unsere galizischen Genossen wohl klar.

— Spanien. Die vereinigten Bauarbeiter von Barcelona haben eine Agitation für den achtstündigen Normalarbeitstag beschlossen.

In Jgualada (Catalonien) fristen 400 Handwerker die Arbeitelöhne. Auch in verschiedenen anderen Orten Cataloniens befinden sich die Arbeiter im Auspande. Gleichzeitig mit diesen sozialen Kämpfen geht auch eine politische Bewegung, deren Charakter sich indes schwer bestimmen läßt. In der „Revista social“ von Madrid findet man neben durchaus anarchistischen Phrasen ganz kleinbürgerlich-republikanische — eine übrigens ganz natürliche Erscheinung — so daß es fast scheint, als ob man in Spanien die Lehren der Vorgänge von 1873 noch immer nicht beherrigen will.

— Was die Arbeiter können, wenn sie wollen. Die Solidarität der Arbeiter hat sich bei dem Streik der Rheinbräuer wieder einmal glänzend bewährt. Angesichts der durchaus gerechtfertigten Forderungen der Brauereigenossen — 12wöchige Arbeitszeit in der Woche und für Sonntagsarbeit 10 Tents pro Stunde — haben sämtliche Arbeiterverbände Newyorks und mit ihnen ein großer Theil der nicht organisierten Arbeiter beschlossen, kein Bier zu trinken, in welchem Bier aus den Brauereien der „Seabs“ — Bezeichnung derjenigen Prinzipale, welche die Forderungen der Arbeiter bekämpfen — ausgehen wird. Dieser Beschluß ist aber nicht nur angenommen, sondern auch durchgeführt worden, so daß bereits ein großer Theil der Prinzipale nachgegeben hat und der Streik schon jetzt als gewonnen betrachtet werden kann. Große Vereinigungen, wie z. B. die der Zimmerer, haben geschlossenen Mann für Mann ihr bisheriges Verhältniß gelassen unter der Parole: „nur Unionbier!“ d. h. nur Bier aus solchen Brauereien, in denen die Forderungen der Brauereigenossen-Union anerkannt werden.

Das hat herzerhebende Nachrichten von „jenseits des großen Ozeans“, sie erinnern uns an ähnliche Manifestationen aus der deutschen Arbeiterbewegung, die wohl werth sind, der Begeisterung entrispen zu werden als leuchtende Beispiele für alle Zeiten, solange das Proletariat gegen politische und soziale Unterdrückung zu kämpfen haben wird. Am großartigsten war das Verhalten der Berliner Arbeiter während der Attentatsbege. Theils unter dem Druck der sogenannten öffentlichen Meinung, d. h. aus Borntheit oder Feigheit, — theils direkt veranlaßt von der Polizei, welche bekanntlich in Preußen-Deutschland die Wirth „in der Hand“ hat, schafften damals über 3000 Wirth die sozialistische „Berliner Freie Presse“ ab. Da saßen die Berliner Arbeiter aus eigener Initiative ohne Versammlung und ohne in der Presse dazu aufgefordert zu sein, den Entschluß, in keinem Lokal zu verkehren, wo nicht das Parteiorgan gehalten wird. Und truppweise gingen sie Abends von Arbeiterlokal zu Arbeiterlokal, forderten die „Berliner Freie Presse“, und erhielten sie die Antwort: „Die halten wir nicht“, so konnte der Wirth sicher sein, den größten Theil der Kundschaft einzubüßen, d. h. auf jeden Fall zu Grunde zu gehen. Und siehe da, in vier Wochen war der Abonnentenstand der „Berliner Freien Presse“ höher, als er je vor dem „Attentat“ gewesen.

Dieses Beispiel mögen sich auch gewisse Angstreiter hinter die Chren schreiben, die sofort den Muth verlieren, wenn nicht Alles glatt geht.

— Am 2. Juli hat ein kanadischer Franzose, Namens Charles Guiteau, einen Mordversuch auf Garfield, den Präsidenten der amerikanischen Republik unternommen und diesem schwere, vielleicht tödtliche Wunden beigebracht. Ob der Thäter verrückt war, ob er lediglich den Eingebungen persönlicher Rachegehrigkeit folgte, ist bis zur Stunde noch nicht festgestellt. Ebenso fraglich ist es auch noch, ob er ein Anhänger der Grant-Conflicting-Partei beziehungsweise — wie von einigen Seiten ausgesprochen wird — von solchen angeflüstert worden ist. Auf jeden Fall aber ist dieses Attentat ein schmachvoller Akt, der nicht scharf genug verurtheilt werden kann.

Zur Uebrigen ist es eine heilsame Lehre, daß, wenn durch den Tod eines Mannes die alte Korruptionswirtschaft wieder an's Ruder gelangen kann, das Volk auf eine gründliche Aenderung der Konstitutionen bedacht sein muß, will es sein Geschick nicht vom dem Lauf einer Kugel abhängig machen. Freilich Janke bleibt Janke, ob Garfield oder Arthur Präsident ist, und die Korruption und Stellenjagd wird erst ein Ende nehmen, wenn die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auch in der Nordamerikanischen Union ein Ende genommen hat.

— Ein Vorschlag zu einer amerikanischen Land-Liga. Gracius (Mr. Hume), ein Mitarbeiter an der sehr verbreiteten „Irish World“, that folgenden Vorschlag: „Es wird vorgeschlagen, das Volk, ehe es zu spät ist, in eine amerikanische Land-Liga zu organisieren. Zweck: Für die „Vereinigten Staaten“ womöglich die verderblichen Folgen, welche nach den Lehren der Geschichte aus dem ausschließlichen Privat-Landbesitz in den Händen bloß eines Theils der Bevölkerung fließen, abzuwenden. Mittel: Eine Konstitutions-Veränderung des Sinnes: 1. Daß weder die Union noch die Einzelstaaten hinfort Land veräußern, außer gegen eine verhältnismäßige Bodenerente, sondern das Eigenthum daran selbst behalten und die Bodenerente zum Gemeinwohl und zum Erlaß aller anderen Steuern verwendet werden sollen. 2. Nach einem näher zu bestimmenden Jahre soll kein Grundeigenthums-Titel in den Ver. Staaten mehr Geltung haben, sondern die gewissen Privatbesitzer sollen bloß ein Entschädigungsrecht auf Verbesserung am Boden besitzen, oder das Land fortbehalten können, sei es der Union, sei es dem Einzelstaate gegenüber. Wer mit diesem Vorschlage einverstanden ist, wird gebeten, dies dem Gracius, Adresse „Irish World“ anzuzeigen. Nun, derselbe Vorschlag ist in „Better Times“ (Bessere Zeiten) gemacht. Schaden kann die Annahme desselben nicht, schreibt der „Chicagoer Vorbote“, dem wir obige Notiz entnommen haben.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Korrespondenzen.

— Jever, 25. Juni. Am Freitag nach Pfingsten hielt Professor Wendt aus Hamburg hier einen Vortrag über die Ziele der Fortschrittspartei, in der er unter Anderem auch auf die Diktatur des Fürsten Bismarck losdonnerte, zugleich aber als echter Fortschrittler die Behauptung, Eugen Richter hätte den Ruf „Fort mit Bismarck“ ausgesprochen, als Verleumdung (!) zurückgewiesen. Derselbe Herr beflagte sich über die Verleumdungen, welche die arme Fortschrittspartei, namentlich von der „Norddeutschen Allgemeinen“ zu erdulden habe; dieselbe Fortschrittspartei, die in der Verleumdung der Sozialdemokratie ihr rechtliches Theil geleistet hat. Auffallend war es, daß der Herr Professor kein Wort vom Arbeiterversicherungsgezet gesagt hat, wie überhaupt der ganze Vortrag wesentlich eine Angelei der liberalen Wähler war. Dieser Umstand wird uns in der Wahlkampagne sehr zu statten kommen.

Wie im zweiten Oldenburg'schen Wahlkreise haben Genosse Fried als Reichstagskandidaten aufgestellt. Die Liberalen stellen einen eigenen Kandidaten gegen den der Fortschrittler und Sozialisten auf. Wie gut es mit der Wahngünstigkeit der Letzteren bestellt ist, beweist unter Anderem das dießige Organ derselben, welches für das Tabakmonopol schwärmt! Sonderbarer Schwärmer.

— Aus Süddeutschland, 6. Juli. Rahegu gleichzeitig mit der Leipziger Unglücksbotschaft traf eine Siegesnachricht ein von Rannheim. Die Sozialdemokratie, „von dem Jügel des Ausnahmengesetzes in Schach gehalten“, wie ein demokratischer Rannheimer Korrespondent der „F. Ztg.“ mit schlecht verhehlter Genugthuung sich ausdrückt, hat trotz dieser „Jügel“

die von der Polizei protegirten Dem. unter bei der Stadtverordnetenwahl der III. Klasse glänzend aus dem Mittel gehoben und mir 569 gegen 214 Stimmen ihre ganze aus 16 Namen bestehende Liste durchgeseht. Im Jahre 1879 noch hätten die Sozialisten bei der damals mit den Demokraten gepflogenen Verhandlungen sich begnügt, wenn man ihnen von den 96 Stadtverordnetenstellen sechs eingeräumt hätte. Das selbsten die übermüthigen Herren von der Volkspartei damals schroff und bodenständig ab. 1878, am Tage nach Verhängung des Ausnahmengesetzes, setzten die Sozialisten zum ersten Male bei der Wahl der III. Klasse, nun zum zweiten Mal. Wunderlich genug vertheilte sich nun die Macht auf dem Rannheimer Rathhause. Das eine Drittel der Stadtverordneten gehört den Sozialisten, das andere (II. Klasse) den „Demokraten“, und das dritte (I. Klasse) den Liberal-Konservativen. Und dabei wäre es wahrscheinlich nur eine Frage der Anstrengung, so könnte man die „Demokraten“ auch aus der II. Klasse hinauswerfen.

Der „Schwäbische Recler“ vom Sonntag füllt drei Spalten seines Papiers mit Wehklagen über die Verfolgung der Deutschen. Erschrecken Sie nicht, die Welt ist noch nicht am untergehen, Marxismus ist nicht entrüftet über die Deutsche Verfolgung in Deutschland, sondern über die in Prag, wo anscheinend die Universitätsjugend der Deutschen mehrmals derbe Prügel von den Tschechen erhielt, was man ja den Mitterbüschen der deutsch-böhmischen Bureaukratie und Bourgeoisie als heilsame Lehre von ganzem Herzen gönnen könnte. Schon daß der „Recler“ sich der Geprügelten so warm annimmt, dürfte ein sicherer Beweis dafür sein, daß ihnen nur Verdientes widerfahren ist. Denn wann hätte der Recler je auf Seite der unschuldig Verfolgten und Mißhandelten gestanden? Seit Jahrzehnten haben die Deutschen in Böhmen alle Mittel, gute und schlechte, angedehnt, um die Tschechen zu unterdrücken. Gewaltthaten und Beschönigungen, schreiende Ungerechtigkeiten, Hohn und Spott in Hülle und Fülle belagern die Unterdrückten zu kosten. Die Beherrschung der deutschen Bourgeoisie offenbarte sich in Böhmen gegen die Tschechen gerade so, wie in Deutschland gegen die Sozialisten. Und nun sich der Wind in etwas gedreht und die Tschechen Luft belassen und ihrem lange zurückgedrückten Groll auch Luft machten — nun höre man das Gezeir der Geprügelten, weil sie auf einmal vertauschte Rollen vorfinden. Hat der „Recler“ auch aufgeschrieben, als man 1878 in Deutschland sozialistische Versammlungen sprengte, in sozialistische Lokale gewaltsam eindrang und mit Steinen, Messern und Steinen Belagerung spendete? Damals war es ihm übliches Thun. Die Dichte! Wie sie es nun wagen mögen, von Recht und Gerechtigkeit und Civilisation zu sprechen, die sie stets mit Füßen getreten, heute davon zu sprechen, wo Dank ihrer Niedertracht abermals 100 Deutsche heimatlos und rechtlos ins Elend gestoßen sind! Aber für Prager Bourgeoisprosslinge leeren sie ihre Thränenbüchsen, für das Unglück Deutschlands, für die Schmach des eigenen Landes haben sie kaum ein kaltes Achselzucken.

— Magdeburg. Am 8. April wurde bei Genosse Wollschläger Hausdurchsuchung gehalten und verschiedene an einander folgende Nummern des „Sozialdemokrat“ vom Jahrgang 1880, sowie zwei Nummern der „Freie“ vom Jahrgang 1879 vorgefunden; daraufhin zum Polizeibüreau geführt, wurde Wollschläger ohne Weiteres hinter Schloß und Riegel gebracht und erst am Abend um 7 Uhr vom Polizeikommissar Krieter zu Protokoll vernommen.

Unter Anderem fragte man ihn, ob er sich zur Sozialdemokratie bekenne, welches er bejahte; ferner erfuhr er, es sei ein Brief an ihn aus Zürich angehalten worden, welcher die Einlage Peter Waldus enthielte, deshalb müsse er wissen, wer Peter Waldus sei. Auf die Erklärung, er könne das dem Herrn Krieter nicht sagen, wurde Wollschläger von demselben beschimpft: „frecher Patron sind Sie, frecher Wäner sind Sie, Wörder sind Sie“, „meineidig müßten Sie alle gemacht werden“, „na umsonst sollen Sie Ihr Kögen nicht haben, 14 Tage werden es doch.“

Als unser Genosse sich gegen die Beleidigungen verwehrte, meinte der Polizeikommissar, daß er die Aeußerung „frecher Patron“, sowie „frecher Wäner“ aufrecht erhielt, und bei der Aeußerung „Wörder sind Sie“, da hätte er Wollschläger nicht direkt gemeint, sondern die Sozialdemokraten im Allgemeinen und führte hierbei Hölle und Nobilung an, worauf W. ihm erwiderte: „Man hat es versucht, den Hölle und Nobilung der Sozialdemokratie an die Wollschläger zu hängen, aber bis jetzt sind noch nicht die Untersuchungsakten veröffentlicht.“ W. wurde nun in seine Zelle zurückgeführt und kam erst am Montag den 11. nach dem Landgerichtsgefängnis, wo ihm am 13. April das Protokoll vorgelesen wurde.

Auf seine Beschwerde, weshalb er als anständiger, selbständiger Handwerker in Untersuchungshaft genommen werde, erwiderte man ihm einfach: „Die könnten sonst auf die Jungen einwirken; aber Sie können Beschwerde führen beim Oberlandesgericht, es wird Ihnen aber nichts nützen.“ (?) Nachdem W. drei Wochen hinter Schloß und Riegel isolirt zugebracht hatte, ohne eine Anklageschrift zu erhalten, wollte er Beschwerde einreichen, bekam aber, als er dieselbe zu Protokoll zu geben im Begriff war, die Anklageschrift mit dem Bemerkten zurück, daß nun in den nächsten Tagen der Termin stattfinden werde, die Beschwerde aber erst nach Raumburg an das Oberlandesgericht gefandt werden müsse und dadurch der Termin sich noch verzögere; infolgedessen unterblieb die Beschwerde.

Das war am 24. April und am 12. Mai bekam er erst Vorladung zum Termin, welcher am 19. Mai stattfand. Angeklagt waren der Schneider W. Habermann, der Schuhmacher O. Wollschläger, der Rigarenarbeiter A. Goldmann, der Schneidergeselle H. Carl. Die Verhören, H. u. W., angefallen wegen Verbreitung der „Freiheit“ und des „Sozialdemokrat“, die Letzteren wegen Verbreitung des „Sozialdemokrat“. Laut Aussage des Karl Winter, jetzt in Amerika, welcher Kolporteur war, sollen sie sich der Verbreitung verbotener Schriften schuldig gemacht haben. H. soll als bekannter Agitator und Führer der Sozialdemokraten die „Freiheit“ und den „Sozialdemokrat“ in Posten zugesandt erhalten und verbreitet haben und den Angeklagten W. als Deckadresse benutzt haben.

Ferner war ein Brief des H., an den Reichstagsabgeordneten A. Bebel abdrückt, wegen seiner Worte (?) auf der Post angehalten worden. In seiner Vertheidigung theilte H. mit, er habe aus sicherer Quelle erfahren, daß dem C. Winter 300 Mark geboten worden seien, um der Polizei Liebessdienste zu erweisen, es hat jedoch W. nur 100 Mk. dafür erhalten. Diese Ausführungen erregten Gemurmel im Zuschauerraum, was den Präsidenten veranlaßte, den Saal zu räumen. Derselbe wurde aber auf Antrag mehrerer Herausgebers wieder geöffnet, aber nur für diejenigen, welche nicht befragt waren. Das Resultat der Verhandlung war: Habermann wurde zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt, Wollschläger, der jagab, daß er mit dem Schlosser W. Artens, welcher jetzt in Amerika ist, zusammen den „Sozialdemokrat“ geleitet habe, bestritt aber die Verbreitung; er wurde zu einem Monat verurtheilt. Bei B. und C. beantragte der Staatsanwalt vierzehn Tage, dieselben wurden jedoch freigelassen.

Keinem der Verurtheilten wurde die Untersuchungshaft, welche sechs Wochen gedauert hat, angerechnet. Und dabei war der einzige Junge, der hätte bestraft werden können, (f. oben) — der Polizeikommissar Krieter!

Habermann hat gegen das Urtheil Berufung eingereicht, Wollschläger dagegen hatte keine Zeit, noch länger in Untersuchungshaft zu sitzen, und braunnte daher seine „Strafe“ ab — von Rechtswegen. Die Gedanken aber, die er sich während dieser Zeit über Recht und Unrecht machte, waren ganz eigener Art.

— Salzburg, 28. Juni. An die Dummheit, Frechheit und Gemeinheit der Bedenden ist unsere „gemüthliche“ Bevölkerung so gewöhnt, daß die größte Plamage unserer heiligen Hermandad kein Aussehen mehr erregt. Bei uns tödtet Ackerlichter nicht, sonst gäbe es keinen österreichischen Senatsanwalt und Polizeispürhund mehr, der nicht moralisch todt wäre.

So wundern sich denn auch die „öffentliche Meinung“ gar nicht mehr über den jämmerlichen Ausgang des Professes, den man gegen unschuldige Familienväter eingeleitet hatte, um bei den Hochzeitsfeierlichkeiten eines belgischen Badischen mit einem österreichischen „Lebemann“ das „gemüthliche“ Verhältniß zwischen dem Konarchen und seinen Bilkern, welches die Presse so sehr hervorhob, besonders zu beleuchten.

Diese Salzburger Riblisten sollen nichts Anderes im Schilde geführt haben, als den Offenbarung mit der Landesmutter in spe in die Luft sprengen zu wollen. Acht Wochen lang blieben die Angeklagten in Untersuchungshaft, während welcher die erdärmlichsten Mittel angewendet wurden, um ihnen ein Gehändnis zu ersprechen, was natürlich nicht ge-

lang, denn was nichts ist, hat der Herr kein Recht verloren, sagt ein österreichisches Sprichwort. Trug der impudencen Beschuldigung endete die ganze Prozedur, der ganze in die grauliche Welt hinausgepaukte Dynamitprozeß damit, daß dem Hauptthäter der Staat nicht mehr als vier Tage zuerkannt werden konnten, insofern die Uebrigen mit 3 Tagen bis 24 Stunden davon kamen. Nur Verlonnegg sitzt noch, aber auch nicht wegen Attentats, sondern angeblich wegen verschiedener Flugblätter, die man bei ihm gefunden haben will.

— London, 26. Juni. Da ich im „Sozialdemokrat“ bis jetzt noch keinen Bericht über die Reisen gefunden habe, welche Freische und Bahleich vor ihrer Abreise hier in unserem Klubtotal gehalten haben, so halte ich mich im Interesse unserer Prinzipien für verpflichtet, einige besonders charakteristische Stellen aus denselben mitzutheilen, damit die Genossen allerwärts ein Urtheil über die Genannten fällen können. Was mich persönlich anbetrifft, so bin ich der Ansicht, daß es heute für unsere Sache nur gut ist, wenn derartige feige Schändereien ihr den Rücken kehren, denn sie sind unserer Bewegung nur schädlich. Leid thut mir nur, daß von unserer Seite Niemand an dem betreffenden Abend den Herren entgegentrat.

„Den sozialistischen Staat einzurichten ist nur möglich bei der hierzu bis zu einem gewissen Grade nöthigen Summe von Intelligenz im gesammten Volke.“

„Umfragen ist nur möglich durch eine große Majorität, wozu erst das Volk geistig erjogen werden muß.“

„Die Entweidung des Militarismus macht es unmöglich, die Revolution gewaltsam durchzuführen.“

„Die manche Oppositionspartei ist nicht schon durch den Druck von oben vernichtet worden!“

„Was ist aus den Junikämpfen geworden?“

„Der laun wissen, was die nächste Zukunft uns bringt? Vielleicht geht unsere Partei zu Grunde, und nach zehn Jahren tauchen neue Leute auf, vielleicht auch unsere Ideen unter ganz neuen Formen!“ — Das Letztere ist wohl das Stärkste, was je gelehrt worden ist. Nach Freische und Bahleich würde also der heutige Sozialismus als Wissenschaft in die Kammkammer geworfen, um vielleicht nach Jahren als ganz etwas Neues hervorgeholt zu werden! Ein Pui! über solche Männer.

Schließlich wurde selbstverständlich der Artikel „Widerstand“ im „Sozialdemokrat“ verurtheilt, was nach dem Vorhergesagten leicht zu begreifen ist. Es läßt sich besser eine gut bezahlte Stelle annehmen, als daß von der Reaktion mit Füßen getretene Volk womöglich in das Gefängnis wandern. Und das wollen sozialdemokratische Volksvertreter sein!

Wir ist der Artikel ganz aus dem Herzen geschrieben, und wünschte ich nur, er wäre schon früher veröffentlicht worden. Nach wo ich sonst verlehre und agitire, findet er allgemeine Zustimmung, wie man überhaupt mit der gegenwärtigen Haltung unseres Parteiorgans zufrieden ist, nur wünscht man gelegentlich auch interessante wissenschaftliche Artikel.

Mit sozialdemokratischem Gruß!
H. Daubensped.

Briefkasten

der Expedition: — h: Neues vorgemerkt. Weiteres erwartet. — J. C. Paris: Einverstanden! — F. J. E. St. Gallen: Ab. 3. Du. Nr. 2. — erh. Alles besorgt. — Kaiserliche Gruppe 6: Ab. 6.80 Ab. 3. Du. u. Scht. u. erh. Kennen keinen Mh. Chiffriertohl Zerbreit am Anfang unbegreifl.; Czowyszuwa hoffen jetzt verständlich. Ihre Erfindung lapirt. Jettelichung unerforschlich. Bitten im Allgemeinen doch deutlicher! — Bgrmann: Ab. 4.40 Ab. 3. Du. erh., fehlen noch 88 Pfg. — Brüssel: Ab. 10. — Ab. 3. Du. erh. Weiteres ermart. Fehlend. folgt. — R. B. Ohja: Nr. 2. — Ab. 3. Du. erh. — R. E. Rfl.: Ab. 3. — Ab. 3. Du. erh. — H. J. Hg.: Ab. 3. — Ab. 3. Du. erh. 28 bringt Fehlendes. — H. R. A. b. G.: Ab. 3. — Ab. 3. Du. erh. — Sclero: Ab. 3. — Ab. 3. Du. erh. Das hieße den Schinken nach dem Würd werfen und dazu ist die Bande zu schmutzig. — J. J.: Nr. 20,10 Ab. 3. u. 4. Du. u. Scht. erh. Alles stimmt. Weiteres folgt. — J. W. H.: 5. fl. 1,70 Ab. 3. Du. erh. Wer weiß, ob nicht der Fiel noch Vanten schlagen lernt. — H. P. Vg.: Ab. 3. — Ab. bis Ende Ang. erh. — A. W. Ufer: Nr. 2. — Ab. 3. Du. erh. — R. R. Prag: Ab. 136. — 3. Du. erh. Pünktlicher Adressen senden, sonst Stodung unvermeidlich. — Viebig: Folgen 42 u. gew. Post. Briefl. am 4.7. genant. — Celso Pastore: Ab. 27,28 Ab. 2. Du. erh. 2 Pegg. u. Dm. 3. Du. erh. Empfohlener war gut. Bef. rührt vom „alten Nummel“ her. Gestaltlren! 13 folgen. — Die Betreuen: Bf. v. 25.6. am 5.7. erh. — Langsam, haben deshalb Ertrag gefandt. — v. Bismard: Ab. 50. — Ab. 3. Du. erh. Auszug am 5.7. gefandt. Signalfire erwartend. — Voller: 3 Dese u. keine Antw. Ra nu!? — R. u. W. Rfl.: 5. fl. 2,10 für 7 P. erh. Rest erwartend. — Fel. R. R. St. G.: Nr. 2. — Ab. 3. Du. erh. 12 nachgel. — R. R. Rfl.: Ab. 1,80 Ab. 2. Ende Juli erh. Gruß! — Antwerpen: Fr. 19,50 für Ab. 2. Du. Uds. und Udsd. eingeh. — Rr. (500): Ab. 3. Du. erh. Ausgehalten, das ist die beste Unterstützung! — F. Rr. Rfl.: Dank u. Gruß! — C. B. Bern: Nr. 2. — Ab. 3. Du. erh. — Dtsche Soz. Jtrich: Nr. 5. — u. Dtsche Soz. Basel: Nr. 5. — Udsd. erh. siehe Prossnig. — C. D. G.: Ab. 3. — Ab. 3. Du. erh. — Eberl. u. Bauer: Notiz v. 2.7. erh. Vglr. erscheint nicht rascher. Weiteres beachtet. — Rosa Def: Ab. 50. — Ab. 2. Du. erh. Auszug folgt. Refl. betr. d. Ab. 10. — bewirkt. „Und ob gleich alle Leute die wollten widerstehn“ — wir sind im Vormarsch begriffen! — W. Pf. Hg.: Ab. 3. Du. Ab. 3. — erh. — Rorig: Ab. 3. — Ab. 3. Du. erh. Gemüthliches abgel. — R. O. Rfl.: 5. fl. 2. — Ab. 3. Du. erh. — H. R. Rfl.: 5. fl. 1,70 Ab. 3. Du. erh. Erbetenes erwartet. — H. St. P.: Ab. 3. — Ab. 3. Du. erh. C. F. folgen. 10 Bf. Franklaur reicht nicht. Doppelt genant! — Kommernrath: Ab. 15. — Ab. 2. u. 3. Du. mit Bdr. verrechnet. — Feltz: Noch nichts hier. — Sieden Schwaben: Der „Kleine“ kennt kein Heimathes, Bürger- oder anderes Recht. Bayern allein hat seine Reservatrechte morunter das Heimathrecht bewahrt, auf das sich pochen läßt. Die Andern sind verkauft, bis wir den Handel rückgängig machen. — Pf. H. Freig: Nr. 3. — für Ab. 3. Du. verwendet. 50 Gr. siehe Udsdgnig. Weiteres wätkun. — C. B. Rfl.: Ab. 6. — für 2 Ab. 3. Du. erh. — S. Unruh: Bf. v. 2.7. erh. u. am 4.7. beannt. Alles vorgem. — Rothbart: Nachr. v. 25.6. erh. Neue vorgem. Weiteres erwartet. — J. R. Rorigsch: Nr. 14,20 3 Abts. 3. Du. u. div. Scht. erh. — C. D. See: Nr. 3,85 Ab. 3. Du. u. div. Scht. erh. — 50 Gr. u. früher siehe Udsd. — +++ himmel —: Bf. v. 4.7. hier und erwidert. An Gelpensier betr. L. glauben nicht, — aber —! — Rorigsch: Bf. v. 1. u. 4.7. erh. War bereits so disponirt. Neues durch den fliegenden D. —

In unserem Verlage ist soeben erschienen und durch uns, sowie durch die Expedition des „Sozialdemokrat“ zu beziehen:

Karl Fourier. Ein Vielverfanter.

Versuch einer Darlegung seines sozietairen Ideenganges im Lichte des modernen Sozialismus.

Von
Herman Grensch.

(Separatdruck aus dem „Jahrbuch für Sozialwissenschaft“.)
72 Seiten 8°.

Mit dem Bildnisse Fourier's und einer Skizze seines Phalanstere-Gebäudes.
Preis: 50 Cts. — 40 Pfg.

Volksbuchhandlung
Höttingen-Jülich.

Schwarz, Verlagsbuchhandlung Höttingen-Jülich.

Mit einer Beilage.